

Kindertagesbetreuung: Eine strategische Variable bei innerfamiliären und gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen

Susanne Gruber/Dieter Jaufmann

Abstracts

Die Situation und auch der Stellenwert von Kindertagesbetreuung haben sich in Deutschland in den letzten Jahren deutlich zum Positiven verändert. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Einstellungen der Bevölkerung zur außerfamiliären Betreuung von jüngeren Kindern, als auch bezogen auf die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt die real vorhandenen Möglichkeiten. Die empirische Basis des Beitrags bilden Daten aus großen Elternbefragungen zu den Themen aktueller und zukünftiger Bedarfe an Kindertagesbetreuung in verschiedenen bayerischen Landkreisen mit insgesamt fast 15.000 Fragebögen. Mit Hilfe einer Sekundär- bzw. Metaanalyse dieses umfangreichen und detaillierten Gesamtdatensatzes wird hier die Frage diskutiert, ob die derzeitigen Möglichkeiten der Kindertagesbetreuung den Eltern (schon) die notwendigen Freiräume schaffen können, um sich nach ihren Vorstellungen beruflich und familiär zu engagieren. Denn als strategische Variable im innerfamiliären Diskussionsprozess um die Frage „Wer sorgt für die Kinder?“ hat die reale Ausgestaltung der Familienpolitik in Form einer Zeit-Ressource zweifellos einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Geschlechterrollen, gerade auch in den Familien. Generell gilt, dass bestehenden ‚strukturellen Rücksichtslosigkeiten‘ im Bereich der Kindertagesbetreuung als einer zentralen strategischen Variablen im Rahmen von individuellen, familiären und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen mehr Beachtung geschenkt und letztlich überwunden werden müssen.

Day care: A strategic variable in the changing process of society and family

As well as its situation the significance of day care for children have clearly improved during the last years in Germany. This applies to the public's attitudes towards child care outside their families on the one hand, and to legal regulations on the other hand, and last but not least it applies to the existing facilities. This study is empirically based on data from comprehensive parent surveys on the topics of current and future need of child day care in different bavarian districts, totaling almost 15.000 questionnaires. By means of a secondary or meta analysis of this extensive and detailed data set we discuss the question whether the present facilities of child day care is sufficient to allow parents to lead their jobs and family life as they wish. The real

embodiment of family politics in the terms of a time resource is a strategic variable in the discussion process within families about the question „Who cares for the children?“ and doubtlessly has a great impact on the forming of gender roles, especially within families. In general the existing ‚structural inconsiderateness‘ regarding child day care needs more attention being a strategical variable in the context of individual, family and social change processes so that it can be overcome at last.

1. Rahmenbedingungen und Fragestellungen: Erkenntnisse aus Theorie, Praxis und Forschung

Wer bekommt in Deutschland Kinder, wann ist hierfür ein ‚guter‘ Zeitpunkt, und wer nimmt sich dann die Zeit für die Pflege und Erziehung dieser Kinder? Diese durchaus private Frage wird seit einigen Jahren auf vielen Ebenen diskutiert. In den konkreten lebensweltlichen Gestaltungen der individuellen Antworten spiegeln sich dabei sowohl Vorstellungen von Geschlechtsidentitäten, eigene Vorstellungen der Lebensplanung wie auch der beruflichen Ambitionen und gesamtgesellschaftliche Notwendigkeiten und Anforderungen wieder. Kindertagesbetreuung in ihren vielen Facetten hat dabei eine mehrfache Funktion: Sie kann zum Beispiel die Teilhabe von Kindern an Bildungsprozessen fördern, die sozialen Fähigkeiten von Kindern erweitern, aber auch die ‚traditionelle‘ Arbeitsverteilung zwischen den Geschlechtern auflökern. Damit hat sie sowohl auf gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse wie auch auf innerfamiliäre Realitäten große Auswirkungen.

Die Landschaft der Kindertagesbetreuung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Obwohl sie damit – gerade auch im internationalen Vergleich (vgl. z.B. UNICEF 2008; o.V. 2008; Dressel/ Cornelißen/ Wolf 2005, S. 339f.) – noch nicht als befriedigend zu bewerten ist, kann und soll gleich zu Beginn dieses Beitrages der sehr positive Trend der letzten Jahre honoriert werden.

Von einem Trend in Deutschland kann deswegen gesprochen werden, weil in – mindestens – drei gesellschaftlichen Bereichen Veränderungen zu konstatieren sind: erstens den Einstellungen der Bevölkerung zur Betreuung von (jüngeren) Kindern, zweitens den entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und drittens den real vorhandenen Möglichkeiten der Kinderbetreuung. Diese Voraussetzungen und Veränderungen werden wir in unserem Beitrag zunächst genauer erläutern, da sie die Basis zur Verortung der im Folgenden präsentierten empirischen Ergebnisse bilden.

In empirischer Sicht können auf der Grundlage eines in seiner Detailliertheit einmaligen Datensatzes Einblicke in die tatsächlichen Gegebenheiten und

die Bedürfnisse der Eltern gegeben werden. Es handelt sich dabei um eine Zusammenführung von schriftlichen Elternbefragungen in verschiedenen bayerischen Landkreisen, in denen jeweils der aktuelle und künftige Bedarf an Kinderbetreuung thematisiert wird. Vor dem Hintergrund der Aufgabenverteilung zwischen den Elternteilen kann mittels einer Sekundäranalyse die Frage diskutiert werden, welche Rolle die Kindertagesbetreuung als eine – entscheidende – strategische Variable innerfamiliärer Aushandlungsprozesse spielen könnte. Kurz gesagt, ist hier die Frage zu diskutieren, ob die derzeitigen Möglichkeiten der Kindertagesbetreuung den Eltern die notwendigen Freiräume schaffen können, um sich nach ihren Vorstellungen beruflich und familiär zu engagieren. Als strategische Variable im innerfamiliären Diskussionsprozess um die Frage „Wer sorgt für die Kinder?“ hat die reale Ausgestaltung der Familienpolitik in Form einer Zeit-Ressource einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Geschlechterrollen, gerade auch in den Familien.

Naturgemäß können im Rahmen dieses Beitrags aus der laufenden Forschung nur einige exemplarische, aber eben typische Ergebnisse präsentiert werden.

1.1. Veränderungen der Einstellungen zur Balance der Bereiche Familie und Arbeitswelt

Vielfach wird der Übergang in einer Paarbeziehung zur Elternschaft als ein ‚kritisches‘ Lebensereignis gesehen. Aber – und das ist wichtig und stets mitzudenken – es findet dieser Übergang in zunehmendem Maße nicht mehr oder weniger zufällig, sondern sehr geplant statt. Dies schlägt sich natürlich auch in den Einstellungen der Bevölkerung zu Familie, Arbeitswelt und Kindertagesbetreuung nieder, wie die folgenden exemplarischen Ergebnisse aus bundesweiten Repräsentativ-Befragungen klar aufzeigen.

- Auf die Frage, welches Modell der Arbeitsteilung in der Familie man für das beste halte, antwortete im Frühjahr 2007 ein repräsentativer Bevölkerungs-Querschnitt: Immerhin 58% entschieden sich für die Kategorie ‚Männer und Frauen teilen sich gleichberechtigt Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Haushalt‘, 29% votierten für ein Teilzeitarbeitsmodell für die Frauen mit Schwerpunktbezug auf der Familie und nur jede/r Zehnte wählte das ‚klassische‘ Modell mit dem Mann als einzigem Ernährer der Familie und der Frau zuhause (vgl. Dürr/ Supp/ Voigt 2007, S. 58).
- Die BRIGITTE-Studie 2008 (Basis: repräsentative Befragung von Frauen im Alter von 17 bis 19 und von 27 bis 29 Jahren) zeigte, dass hingegen nur 47% der Frauen angaben, Beruf und Kinder lassen sich leicht vereinbaren; für ‚voll und ganz vereinbar‘ entschieden sich lediglich 5% (vgl. Allmendinger 2008, S. 33f.). Bei einer Folgebefragung der gleichen

Personen im Mai 2009 geben über die Hälfte der Frauen an, ihre Arbeit ließe sich mit Kindern nicht oder nur schwer vereinbaren (vgl. Allmendinger 2009, S.51).

- Im Jahr 2007 bejahten 87% die Frage ‚Sollte der Staat das Angebot an Kindertagesstätten ausbauen, auch wenn dies einen hohen finanziellen Aufwand bedeutet?‘. Verneint wurde sie von nur 9%. Die vergleichbaren Ergebnisse auf diese Frage lauteten im Jahr 2004 noch wie folgt: 78% zu 16%. Insgesamt gesehen also eine doch deutliche Zunahme der Zustimmung auf bereits hohem Niveau (vgl. Dürr/ Supp/ Voigt 2007, S. 64).
- Stärker polarisierend wirkte die Frage danach, ob man persönlich glaube, dass der Besuch von Krippen für Kinder unter drei Jahren diesen schade oder ob sie davon profitieren würden. Die Mehrheit von 60% entschied sich zwar für ‚profitieren‘, aber immerhin auch 31% meinten, es schade ihnen (vgl. Dürr/ Supp/ Voigt 2007, S. 68). Die Befragung der jungen Frauen in der BRIGITTE-Studie ergab hingegen keine Ablehnung von Kitas und Horten (vgl. Allmendinger 2008, S. 39). Und auch die Befürchtung der Bezeichnung als ‚Rabenmutter‘ für berufstätige Frauen, die ihre Kinder im Alter von zwei Jahren in eine Krippe geben, ist inzwischen obsolet. 88% der bundesdeutschen Bevölkerung halten diesen Begriff nicht für angebracht und lehnen ihn ab; bei den Frauen sind es sogar 90%. Nur jede/r Zwanzigste findet die Bezeichnung als passend (vgl. Vorwerk 2007, S. 28).

Die skizzierten Einstellungen können als Wünsche oder Antizipationen gewertet werden. Inwieweit sie realisiert werden können, ist abhängig von verschiedenen Rahmenbedingungen: der tatsächlichen Verfügbarkeit adäquater Kinderbetreuungsplätze, der tatsächlichen innerfamiliären Aushandlungsprozesse, die – unter anderem – auf Rollenerwartungen zurückzuführen sind, aber natürlich auch der strukturellen Möglichkeiten. So ist ein Teil der Mütter, die mit einem hohen Ausbildungsniveau lange Familienphasen einlegen, nicht aus Überzeugung zu Hause, sondern in Ermangelung eines adäquaten Arbeitsplatzes (Pany 2009).

1.2. Veränderungen gesetzlicher Grundlagen

Mit der Veränderung der Einstellungen einher gehend – bzw. sich vermutlich auch gegenseitig bedingend –, haben in den letzten Jahren auf Bundes- wie auch auf Landesebene deutliche gesetzliche Veränderungen im Hinblick auf die Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige Raum gegriffen. Neben dem Bayerischen Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz (BayKiBiG) und dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), beide aus dem Jahre 2005, ist nunmehr zum 01.01.2009 das sogenannte Kinderförderungsgesetz (KiföG) in Kraft getreten. Es ist der (vorläufig) letzte (Bundes-)Baustein zum Ausbau der Betreu-

ung für Kinder unter drei Jahren und bedeutet eine weitere und tiefgreifende Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes/ SGB VIII. Übergeordnete Zielsetzung aller drei Gesetzgebungen ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Chancengleichheit für Kinder von Anfang an, und damit auch die Anschlussfähigkeit Deutschlands an internationale Standards (vgl. UNICEF 2008). Insbesondere die folgenden Regelungen oder ‚Meilensteine‘ des KiföG sind für unsere weiteren Überlegungen hier von zentraler Bedeutung:

- In der ersten Phase bis Ende Juli 2013 werden erweiterte und objektiv rechtliche Verpflichtungen für die Schaffung und Bereitstellung von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige eingeführt. Einen gesicherten Platz sollen nicht nur bereits Erwerbstätige bekommen, sondern auch schon diejenigen, die Arbeit suchen, was insbesondere die Hürden für Alleinerziehende, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, deutlich absenken wird.
- Nach dem Abschluss der Ausbauphase ist ab dem 01. August 2013 dann die Einführung eines Rechtsanspruchs auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder -pflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr vorgesehen. Dazu soll bis dahin ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot für 35% der Kinder unter drei Jahren aufgebaut werden. Dies bedeutet letztlich eine Verdreifachung des heutigen Krippen- bzw. Betreuungsangebots auf dann 750.000 Plätze bundesweit.
- Um die Vielfalt und Flexibilität des Angebots zu forcieren, sollen ca. 30% der neuen Plätze im Bereich der Kindertagespflege als Tagesmütter/ Tagesväter geschaffen werden. Dazu werden klare Standards festgelegt.
- Bereits im August 2007 hatten sich Bund und Länder auf die Finanzierung des KiföG geeinigt. Der Bund unterstützt den Ausbau bis 2013 mit insgesamt vier Milliarden Euro, bei Gesamtkosten von insgesamt zwölf Milliarden Euro für Neubau-, Ausbau- oder Umbau- sowie Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen. Der Bund hat ein Sondervermögen von 2,15 Milliarden Euro für die Bundesbeteiligung an diesen Kosten aufgrund des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes von 2007 zur Verfügung gestellt. Der Rest von 1,85 Milliarden Euro wird durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zu Gunsten der Länder erbracht. Einige Länder haben schon in 2008 Bundesmittel erhalten und schaffen bereits zusätzliche Plätze für unter Dreijährige. Vorreiter sind hier Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg und Bremen.

1.3. Entwicklung der Betreuungsplätze für Kinder

„Das in Barcelona unter den EU-Staaten vereinbarte Ziel, dass die Mitgliedstaaten 2010 für mindestens 33 Prozent der Kinder unter 3 Jahren und für mindestens 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter Betreuungsplätze zur Verfügung stellen sollten, wird nur im Osten Deutschlands, im Westen aber bei weitem nicht erreicht. Im Westen kann das Angebot an Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen nicht einmal den Bedarf erwerbstätiger Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern abdecken. Noch weniger bietet es Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Müttern, die gerne erwerbstätig wären, wenn sie ihre Kinder hinreichend betreuen lassen könnten“ (Dressel/ Cornelißen/ Wolf 2005, S. 340).

So der Stand Anfang 2005, wobei erschwerend häufig noch das Problem tageszeitlich unterschiedlicher Prioritäten und Verfügbarkeiten zwischen den Anbietern und den Nachfragern hinzu kam und immer noch kommt.

Die Frage ist nun, hat sich seither etwas verändert, und wenn ja, was und wie ist die Entwicklung vorangeschritten? Von besonderem Interesse für unsere Fragestellung ist hierbei natürlich die Entwicklung für die Betreuung der unter Dreijährigen in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege.

In den westlichen Bundesländern (ohne Berlin) lag die entsprechende Quote im Jahr 2006 (Stand 15.03.) bei 8,0%, stieg auf 9,9% im folgenden Jahr und erreichte 2008 12,2% (vgl. dazu und im Folgenden Deutscher Bundestag 2008, S. 3ff. und 2009, S. 3ff.). Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bundesländern waren dabei jeweils relativ groß. Die Quoten für Bayern lagen stets etwas über dem Durchschnittswert des Westens. Deutlich wird also eine kontinuierliche – wenngleich absolut gesehen langsame – Aufwärtsentwicklung bei der Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze auf immer noch niedrigerem Niveau.

Ganz anders stellt sich die Situation in den östlichen Bundesländern dar. Hier war das Ausgangsniveau im Jahr 2006 mit 39,7% bereits fast fünfmal so hoch. 2007 erfolgte dann ein weiterer, allerdings nur leichter Anstieg auf 41,0%, was immer noch dem mehr als vierfachen Wert als im Westen entsprach. 2008 wurden dann nach einer weiteren Zunahme 42,4% erreicht. Die Ergebnisse für die Bundeshauptstadt Berlin fallen stets ähnlich aus. Dem stehen letztlich 12,2% im Westen und 13,2% im Freistaat Bayern gegenüber.

Eine bundeslandspezifische Analyse der Betreuungssituation durch die Bertelsmann- Stiftung untermauert, neben diesem unterschiedlichen Platzangebot in den einzelnen Bundesländern, auch einen differierenden Qualitätsunterschied (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2009b).

Einen darüber hinaus gehenden weiteren Unterschied in der Versorgungslage mit Kinderbetreuungsplätzen ergab eine im Sommer 2008 durchgeführte repräsentative Stichprobenerhebung bei 180 Jugendämtern. Dabei zeigten sich auch innerhalb von Regionen und Bundesländern starke Unterschiede in

der Platz-Kind-Relation zwischen kreisfreien Städten (höhere Werte) und Landkreisen (niedrigere Werte), was im Übrigen sowohl für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen als auch für die Tagespflege galt (vgl. Deutsches Jugendinstitut 2008, S. 15f.). Allerdings ist die Ausbaudynamik in den Landkreisen im Vergleich über die Jahre hinweg höher.

2. Zwischenfazit zu den Debatten

Die Geschlechter- und Familienrollen im Kontext der aktuellen Gesellschaftsordnung verschieben sich. Die innerfamiliäre Aufgabenteilung hinsichtlich der materiellen Sicherung, wie auch der Aufgabenbereiche der Sorge und der Edukation, wird zum Konkretisierungspunkt individueller Aushandlungsprozesse, innerhalb derer sich die Konstruktion der eigenen Geschlechtsidentität wie auch der Geschlechtsidentität des Partners manifestiert.

Vorhandene strukturelle Rahmenbedingungen vor Ort stellen eine der Grundlagen dieser Aushandlungsprozesse dar. Im edukativen Bereich manifestieren sie sich insbesondere in öffentlich zugänglichen, privat oder institutionell organisierten Formen der Kinderbetreuung. Qualität (konkret umgesetzt in Konzeptionen, räumlicher und personeller Ausstattung, aber auch in Öffnungszeiten) und Quantität (in Form buchbarer Plätze) dieser kommunalen Strukturen beeinflussen die innerfamiliären Aushandlungsprozesse, indem sie z.B. auf den Zeitpunkt des Wiedereinstiegs von Frauen ins Berufsleben nach der Geburt eines Kindes beschleunigend oder aber retardierend wirken können. Hierbei gilt es verschiedene Aspekte in den Blick zu nehmen: Zentral ist die Existenz verschiedener Angebote. Ebenso wichtig erscheint jedoch auch die Kompatibilität der Öffnungszeiten der Einrichtungen zu den Arbeitszeiten, die Wartezeiten vor dem Eintritt in die jeweilige Einrichtung wie auch der Zeitpunkt, zu dem den Eltern ein Platz zugesichert werden kann. Diese – für die Eltern nur schwer oder mittelbar – beeinflussbaren Rahmenbedingungen stecken für die Organisation und Koordination des familiären Alltags, der familiären – gerade auch erwerbswirtschaftlichen – Perspektiven und damit für die partnerschaftlichen Auseinandersetzungen als feststehende Größen den Rahmen der Möglichkeiten ab.

Das am 01. August 2005 in Kraft getretene Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) setzte in Bayern in mehrerlei Hinsicht neue Maßstäbe. Damit ging insbesondere eine Abkehr von der gruppenbezogenen Förderung hin zur kindbezogenen Förderung, die Festschreibung von Bildungszielen und Bildungsinhalten im Bayerischen Erziehungs- und Bildungsplan, aber auch die Konzentration von Planungs- und Finanzierungsaufgaben auf kommunaler Ebene einher. Die bisherige Aufgabe der Planungsver-

antwortung nach § 79 SGB VIII wird also für den Bereich der Kindertagesbetreuung nunmehr direkt den Kommunen übertragen. Diese müssen dafür sorgen, dass – unter expliziter Beteiligung der betroffenen Eltern – die künftig benötigten Einrichtungen und Plätze auf der örtlichen Ebene rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen.

Zur Umsetzung dieser Planung notwendig ist die frühzeitige und ergebnisoffene Beteiligung der betroffenen Eltern, die diesen die Möglichkeit gibt, ihre Bedürfnisse an Kindertagesbetreuung zu artikulieren. Dies kann u.a. durch direkte Befragungen geschehen. Viele Kommunen und Landkreise bedienen sich hierzu der Unterstützung des sozialwissenschaftlichen Instituts SAGS (vgl. z.B. Landkreis Freising 2006; Landkreis Kelheim 2008). Über einen längeren Zeitraum hinweg konnte dadurch ein in seiner Differenziertheit einzigartiger Datensatz generiert werden, der nicht nur Auskunft gibt über die Betreuungswünsche der Eltern, sondern indirekt ebenso auch über aktuelle Geschlechterarrangements. Einige Ergebnisse einer übergreifenden Auswertung dieses Datensatzes sollen im Folgenden präsentiert werden. Der Fokus aller Auswertungen liegt dabei auf den aktuellen und den gewünschten Rollenverteilungen innerhalb der Familie, sowie auf den benötigten strukturellen Rahmenbedingungen, die die innerfamiliäre Frage „Wer sorgt für die Kinder?“ am besten und sinnvollsten unterstützen können.

3. Methodische Perspektiven

Für den vorliegenden Beitrag wurden aus neun verschiedenen bayerischen Landkreisen die Daten zur Erhebung des Betreuungsbedarfes für Kinder unter drei Jahren zusammen geführt und einer neuen, übergreifenden Auswertung unterzogen. Es handelt sich also um eine Sekundäranalyse (Metaauswertung) vorliegender, für einzelne Auftraggeber generierter Erhebungen von Betreuungsbedarfen.

Die Auswertung erfolgt auf zwei verschiedene Aspekte hin: Zum einen kann der aktuelle Status-Quo der familiären Arbeitsteilung im Hinblick auf materielle (Grund-)Sicherung und Übernahme der edukativen Aufgaben empirisch fundiert dargestellt werden. Dem gegenüber kann perspektivisch das Wunschscenario der Eltern nachgezeichnet werden. Im Vordergrund steht dabei insbesondere die Frage, welche Betreuungsmöglichkeiten aus der Sicht der Eltern in welcher Familienphase als förderlich für die individuelle Konkretisierung der Work-Life-Balance wie auch der Konkretisierung der eigenen Geschlechtsidentität gewünscht und erwartet werden. Die Datensätze ermöglichen es also festzustellen, welche gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen – konkret hier Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder

– notwendig sind, um individuelle Aushandlungsprozesse zu ermöglichen. Die Spezialisierung auf die Kinder unter drei Jahren erlaubt es dabei, die Geschlechterarrangements im Übergang von der Partnerschaft zur Familie genauer zu betrachten.

Die Auswertung der Daten erfolgte – neben der Landkreisebene – auch auf der Ebene sogenannter Gemeindegrößenklassen (Cluster). Es handelt sich hierbei um jeweils landkreisintern festgelegte Zuordnungen aller Gemeinden zu eher ländlich strukturierten, kleineren Gebietseinheiten bzw. zu eher städtisch orientierten, großen Gemeinden. Diese Ebene der Gemeindegrößenklassen ist zugleich eine valide Basis, die Daten aus den verschiedenen Landkreisen miteinander zu vergleichen. Natürlich kann im Folgenden in der Kürze des Beitrags hierzu lediglich ein kurzer Überblick gegeben werden. Einschränkung muss auch angemerkt werden, dass die Befragungen natürlich auf die jeweilige Situation der Auftraggeber, also der einzelnen Landkreise zugeschnitten waren, und somit nicht bei jeder Frage die Daten aller Landkreise einbezogen werden können.

4. Familienarrangements und Bedürfnis nach Betreuung in Familien mit Kindern unter drei Jahren

Insgesamt konnte bei 14.742 Fragebögen eine Metaauswertung durchgeführt werden. Bei Landkreisen, die lediglich eine Stichprobe der Eltern befragt haben, wurden die Zahlen über Gewichtungsfaktoren im Nachhinein auf die jeweilige Gesamtgruppe der Eltern von unter Dreijährigen ‚hochgerechnet‘. Die Basis aller Prozentangaben, die im Folgenden ausgeführt werden, stellt die jeweilige potenzielle Anzahl der Antwortenden und nicht die Grundgesamtheit dar. Der Unterschied resultiert dabei aus der oben beschriebenen unterschiedlichen Gestaltung der zugrunde liegenden Einzelerhebungen.

4.1. Zur Struktur der Befragten und den Ergebnissen

In einer ersten Näherung stellt sich die Frage, mit wem man es zu tun hat, wenn Familien gefragt werden, welche Betreuungsmöglichkeiten künftig vorgehalten werden sollen. Sofern diese Frage gestellt wurde, waren es deutlich über 80% Frauen, die die Fragebögen bearbeitet haben, weitere knapp 5% der Fragebögen wurden von Müttern und Vätern gemeinsam ausgefüllt. Allein von Vätern wurden gut 10% der Fragebögen bearbeitet.

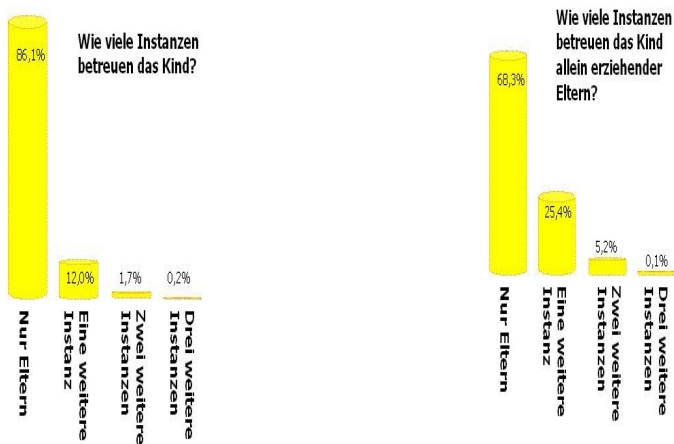
Bei insgesamt 38% der Familien handelte es sich bei dem Kind, das im

Mittelpunkt der Befragung steht, um das erste Kind. Diese Zahl differiert über die Landkreise hinweg sehr deutlich zwischen 31% und 44%. Dieses Gefälle findet sich landkreisspezifisch auch in den Gemeindegrößenklassen wieder, während über alle Landkreise hinweg kaum mehr eine Differenzierung im Anteil der Einzelkinder nach Gemeindegrößenklassen in den Blick gerät. Der Anteil der Erstgeborenen bzw. der Einzelkinder schwankt also weniger stark nach der Größe der Wohngemeinde (ländlich vs. städtisch) als nach der Wohnregion, also dem Landkreis der Eltern. Praktisch heißt dies, dass in kinderreicheren Landkreisen die Anteile der Erstgeborenen oder Einzelkinder auch in städtisch strukturierten Wohngebieten deutlich niedriger liegen. Dies kann als ein deutlicher Hinweis darauf gewertet werden, dass die strukturellen Bedingungen, die in Wohnregionen mit gleicher politischer Administration ähnlich sind, sehr deutliche Auswirkungen auf die Familiensituation und die Familienplanung haben.

In einer speziellen Lage hinsichtlich der individuellen Geschlechter- und Familienrollen sind Haushalte mit einem allein erziehenden Elternteil. Insgesamt knapp 6% der befragten Eltern sorgen als allein erziehender Elternteil für ihr/e Kind/er. Auch dieser Anteil variiert sehr stark zwischen knapp 4% und gut 10% - je nach Landkreis und Gemeindegrößenklasse. Dabei steigt im Allgemeinen der Anteil der allein erziehenden Elternteile mit der Größe der Wohngemeinde an, wobei die Differenz zwischen den einzelnen Werten sehr unterschiedlich ausfällt. In den Haushalten leben also zumeist (in 90% der Fälle) zwei Erwachsene, in 5,5% der Fälle sind es drei oder mehr Erwachsene.

Für die weitere Analyse steht die aktuelle Situation im Hinblick auf materielle (Grund-)Sicherung wie auch bezogen auf die Übernahme erzieherischer Aufgaben im Vordergrund. Die Frage, von wem die Kinder aktuell betreut werden, wurde leider nur von wenigen Landkreisen gestellt. Die Auswertung zeigt hier, dass – natürlich neben der eigenen Betreuungsleistung – die meisten Eltern zusätzlich durch Großeltern oder Verwandte unterstützt werden. Die älteren Kinder werden zudem häufig bereits in Kindergärten betreut. In Krippen werden hingegen nur wenige Kinder betreut; in städtisch geprägten Gegenden sind dies mehr, in ländlich geprägten Gegenden eher weniger Kinder. Dies spiegelt sich auch in bundesweiten Ergebnissen wieder, wie z.B. der DJI-Kinderbetreuungsstudie (vgl. Bien/ Rauschenbach/ Riedel 2006). Insgesamt greifen mehr als 10% der Eltern auf mindestens eine Unterstützung zur Betreuung ihrer Kinder zurück – seien dies nun die Großeltern, Tageseltern, eine Krippe oder der Kindergarten. Der Anteil fällt bei allein erziehenden Elternteilen deutlich höher aus. Hier benötigen mehr als 5% sogar zwei weitere Instanzen, um ihren Alltag gut zu organisieren. Auf diese Art und Weise werden Betreuungskonstellationen geschaffen, die für Kinder – und Eltern – sehr aufwändig sind und damit auch störanfällig. Dabei sind es

vor allem allein erziehende Elternteile, die auf eine größere Anzahl von ‚Einzelsäulen‘ zurückgreifen müssen.



4.2. Künftige Bedarfe an Kindertagesbetreuung

Die wichtigste Planungsgröße für die Kommunen stellt der künftige Bedarf der Eltern dar. In diesem Bedarf konkretisiert sich aber auch die Vorstellung der Eltern, wer für die Kinder sorgen sollte: Wird die Betreuung von einem Elternteil allein übernommen, oder auf öffentliche Ressourcen zurück gegriffen, die damit den beruflichen Wiedereinstieg des zuvor betreuenden Elternteils ermöglichen?

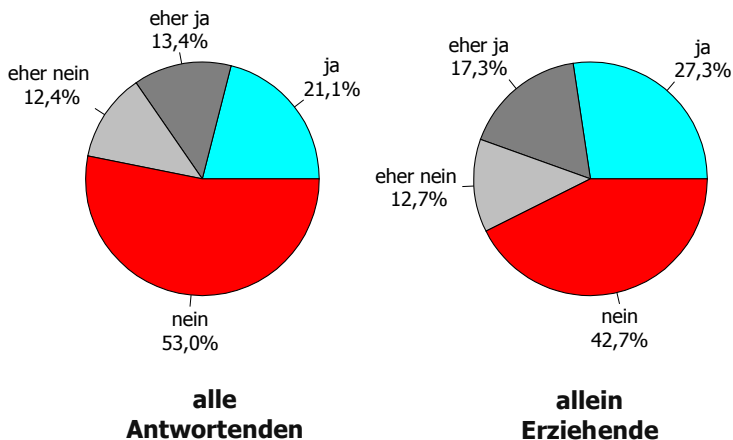
Dabei geht es in den Erhebungen um einen zeitnahen Betreuungsbedarf, also bevor das entsprechende Kind drei Jahre alt wird oder in den Kindergarten geht. Gerade diese Zeitspanne ist für die individuellen Aushandlungsprozesse und Aufgabenverteilungen von besonderem Interesse. Stehen keine öffentlichen Institutionen zur Verfügung, so übernehmen die Mütter einen großen Teil der Kinderbetreuung, auch wenn sie berufstätig sind. Dies kann für die Mütter zu großen Belastungssituationen mit entsprechenden gesundheitlichen Einbußen führen. Andererseits schließt dieser Mangel an Betreuungseinrichtungen Mütter mit geringen Einkommenschancen systematisch

von der potenziellen Erwerbstätigkeit aus (vgl. Bien/ Rauschenbach/ Riedel 2006).

Etwas mehr als jede fünfte in unseren Erhebungen befragte Familie signalisiert einen zeitnahen Betreuungsbedarf, weitere gut 13% sind noch nicht gänzlich entschieden, gehen aber in der Tendenz von einem Betreuungsbedarf aus. Damit sind rund ein Drittel aller Familien wahrscheinlich oder sicher zukünftig auf ein Betreuungsangebot angewiesen, um ihre beruflichen Verpflichtungen und familiären Aufgaben zu koordinieren bzw. ihnen nachkommen zu können. Dies entspricht in etwa auch der durch den gesetzlich initiierten Ausbau angestrebten Betreuungsquote von 35%.

Differenziert man diese Frage nach den Familienformen der Eltern, so liegt der Betreuungsbedarf bei allein erziehenden Elternteilen deutlich höher als bei Nichtalleinerziehenden – gut 27% der allein erziehenden Elternteile haben sicher einen Bedarf an Betreuung für ihr Kind und weitere 17% tendenziell. Beide Anteile fallen in städtisch geprägten Wohngebieten höher aus.

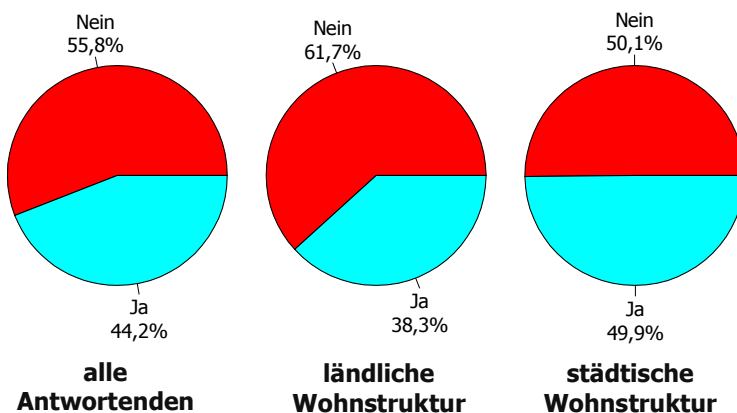
Betreuungsbedarf VOR dem Kindergarten



4.3. Zur Frage der Balance der Lebensbereiche

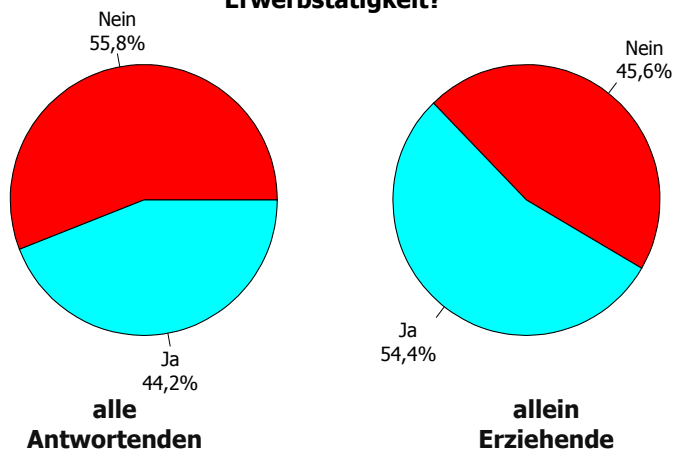
Um die Frage der Balance der Lebensbereiche Arbeit und Familie in ihrer tatsächlichen und in ihrer gewünschten Form zu klären, können neben dem Wunsch nach Betreuungsmöglichkeiten weitere Anhaltspunkte angeführt werden. Dazu gehört die Frage, ob die Betreuungsangebote, die zur Verfügung stehen, die angestrebte Erwerbstätigkeit beider Eltern ermöglichen. Hierbei wurden nur die Antworten der Eltern einbezogen, die einen konkreten oder wahrscheinlichen Betreuungsbedarf artikuliert haben. Es handelt sich hier also um die Frage, ob die Eltern ihren beruflichen Verpflichtungen und Wünschen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Angeboten nachkommen können, oder ob es im Hinblick auf Betreuungsformen, Dauer der Betreuung, Eintrittszeitpunkt des Kindes oder Flexibilität der Angebote etc. einen Veränderungsbedarf gibt. Das Ergebnis zeigt deutlichen Handlungsbedarf: Insgesamt deutlich mehr als die Hälfte der Eltern können ihrer Erwerbstätigkeit nicht im gewünschten Umfang nachkommen. Geht man davon aus, dass die Betreuungsleistung in den ersten Lebensjahren des Kindes hauptsächlich von den Müttern erbracht werden, so wirken sich mangelhafte Betreuungsstrukturen faktisch vor allem auf Mütter aus.

Ermöglichen die Betreuungsangebote die gewünschte Erwerbstätigkeit?



Die Auswertung nach der Familienform der Eltern zeigt hier einen sehr interessanten Zusammenhang: Alleinerziehende – vor allem aus städtischen Gebieten – geben deutlich häufiger an, dass die Betreuungsangebote ihnen die Erwerbstätigkeit im gewünschten Umfang ermöglichen, was das TAG ja auch fordert. Dies ist vermutlich auch darauf zurück zu führen, dass allein erziehende Elternteile von Einrichtungen im Allgemeinen bevorzugt Plätze erhalten, also wahrscheinlicher auf öffentlich organisierte Betreuung zurückgreifen können, während Familien mit zwei Elternteilen eventuell keinen Betreuungsplatz bekommen und damit mindestens ein Elternteil seinen beruflichen Verpflichtungen oder seiner gewünschten beruflichen Tätigkeit nicht (mehr) nachgehen kann. Die Kindertagesbetreuung übt hier also einen sehr starken Einfluss auf die tatsächliche Aufgabenverteilung innerhalb einer Familie aus.

Ermöglichen die Betreuungsangebote die gewünschte Erwerbstätigkeit?



Mehr als ein Viertel der Befragten wünscht sich insofern eine (zusätzliche) Betreuung der Kinder, um im gewünschten Umfang ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Diese Zahl ist für alle Gemeindegrößenklassen konstant. Ein enger Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach Erwerbstätigkeit in der Familie und der Struktur der Wohngemeinde ist damit nicht absehbar.

5. Fazit und Ausblick

Als eine wesentliche – wenn auch eher überraschende – Erkenntnis der Datenauswertung ist Folgendes fest zu halten: Die günstigste strategische Variable zur individuellen Festlegung innerfamiliärer Geschlechterarrangements bei Eltern jüngerer Kinder bzw. die meisten Optionen haben allein erziehende Elternteile in städtisch geprägten Wohnregionen. Hier ist das Angebot am breitesten gefächert und dieser Personenkreis wird zusätzlich durch die Festsetzungen des TAG prioritär behandelt. Ob oder inwieweit allein erziehende Elternteile innerfamiliäre Geschlechterarrangements aushandeln können, ist – an anderer Stelle – zu diskutieren. In ländlichen Wohnregionen, sowie für nicht allein erziehende Eltern, sieht die Situation der Befragten deutlich anders/ schlechter aus. Es ist davon auszugehen, dass ein defizitär ausgebautes Kinderbetreuungssystem vor allem die Mütter durch einen erschwerten (Wieder-)Einstieg benachteiligt. Durch diese Rahmenbedingung werden konservative Geschlechter- und Berufsrollenbilder weiter verfestigt und individuelle Aushandlungsprozesse zumindest erschwert.

Diesen Befunden konträr gegenüber steht der Wunsch der meisten Frauen, nach der Geburt bald wieder zu arbeiten. Um diesen Wunsch zu ermöglichen, und damit nicht nur der Umsetzung individueller Lebensentwürfe zu entsprechen, sondern volkswirtschaftliche Ressourcen sinnvoll einzusetzen, sind – natürlich neben den Betrieben selbst – insbesondere in zwei Bereichen Veränderungen erforderlich: Essentiell notwendig und zentral aus der Sicht der Frauen ist das Vorhandensein ausreichender, sinnvoller und entlastender Betreuungskonstellationen (vgl. BMFSFJ 2009, S. 36f.). Ein bedarfsgerechter Ausbau würde hier in den alten Bundesländern eine Verdoppelung bzw. zum Teil eine Verdreifachung des aktuellen Platzangebotes für die unter 3-Jährigen bis zum Jahr 2020 bedeuten (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2009, S. 17).

Eine deutliche Veränderung ist zudem zu erwarten von einer langsam aufscheinenden schicht- und generationenspezifischen Verhaltensänderung von Männern. Eine Entlastung der Frauen, die in hohem Maße die Doppelbelastung der Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Verpflichtungen tragen, dient dabei zweifelsohne auch als ‚Kitt der Beziehung‘. Die Feststellung „Frauen können um so höher springen, je mehr Männer sich ihrerseits bewegen. Dies betrifft hauptsächlich deren Engagement in der Familie.“ (Allmendinger 2008, S. 102) ist sicherlich richtig und findet – zumindest verbal – breite Zustimmung. Offen muss allerdings bleiben, ob und inwieweit die Einen sich in der Realität bewegen und die Anderen ‚springen‘ werden.

Die aktuellen Tendenzen bei den Männern sind hier durchaus ambivalent zu beurteilen. Viele, auch die sogenannten ‚modernen Männer‘, fürchten (wohl vielfach nicht gänzlich zu Unrecht) einen Karrierestopp bei stärkerem

Engagement (vgl. z.B. Volz/ Zulehner 2009, S. 84ff.). Ihr Anteil hat in den letzten zehn Jahren von 17% auf 19% leicht zugenommen. Auch die sogenannten ‚Suchenden‘ (also Männer, die ihren Platz zwischen hohem Engagement im Beruf und in der Familie noch finden wollen) stiegen in diesem Zeitraum leicht um ein Prozent auf nunmehr 30% an (vgl. ebda., S. 35ff.). Zusammen also rund die Hälfte der Männer, die veränderungswillig und –bereit ist oder schon Veränderungen vorgenommen hat, ein Ergebnis, das in etwa auch andere empirische Studien zeigen (vgl. z.B. Vorwerk 2008, S. 13ff.). Dass diese Veränderungen allerdings nicht in allen Schichten gleich angekommen sind, wird bei genauerer Betrachtung deutlich: Mehr als zwei Drittel der Abiturienten streben eine egalitäre Arbeitsteilung in der Familie an, bei den Männern mit Hauptschulabschluss halten hingegen 70% weiterhin eine traditionelle Männerrolle für gut, also weitestgehend männlicher Alleinverdiener mit allenfalls einem Zuverdienst der Partnerin (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2009a).

Ausgehend von einem niedrigen Niveau ist der in den letzten Jahren sich vollziehende stetige Ausbau in der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige im Westen Deutschlands sicherlich positiv zu würdigen. Die Realität kann dabei allerdings mit den gesetzlichen Vorgaben und den Bedarfen der Eltern noch keinesfalls Schritt halten. Fraglich ist zudem, ob die angestrebte Quote von 35% der Kinder ausreichend sein wird. Wie unsere breiten empirischen Erhebungen zeigen, benötigt bereits jetzt ungefähr ein Drittel der Eltern in den untersuchten Landkreisen einen Betreuungsplatz für ihr Kind, bevor dieses drei Jahre alt ist. Diese höhere Inanspruchnahme könnte als ein weiter beschleunigender Motor für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung und zunehmende Einstellungsveränderung fungieren, was wiederum eine höhere Inanspruchnahme bewirken könnte. In der Konsequenz: Es erscheint fraglich, ob und wie lange es dann ausreichend ist, für – lediglich – 35% der unter 3-Jährigen Plätze in einer Betreuungseinrichtung bzw. in Tagespflege vorzuhalten.

Des Weiteren soll und darf über den sicherlich wichtigen Überlegungen eines quantitativen Ausbaus niemals die qualitative Komponente und deren Ausbau übersehen oder gar vergessen werden. Notwendige Voraussetzung hierfür ist auch die hochwertige Ausbildung einer angemessenen Anzahl von Fachkräften, um überhaupt die entsprechende Anzahl an Kindern pädagogisch sinnvoll bilden und betreuen zu können. Diese – in Deutschland wohl-gemerkt noch nicht-akademische – Ausbildung dauert fünf Jahre. Die Zeit wird knapp!

Dabei darf auch nicht aus dem Blick geraten, dass Kinderbetreuung natürlich öffentliche, aber auch private Kosten verursacht. Können die privaten Kosten – bei entsprechender Einkommens- und/oder Geschwistersituation – ganz oder teilweise auch vom zuständigen Jugendamt übernommen werden, so muss sich die Aufnahme einer Berufstätigkeit bei gleichzeitiger Inan-

spruchnahme von Betreuung sicherlich auch finanziell lohnen – vor allem und gerade auch für allein erziehende Elternteile, die besonderer Entlastung bedürfen. Ein nahezu Nullsummenspiel als Ergebnis dürfte die Motivation zur (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in jeglicher Familienkonstellation jedenfalls nicht substantiell steigern (vgl. dazu auch Bien/ Rauschenbach/ Riedel 2006).

Was unser Beitrag auch verdeutlichen sollte, ist die Vielschichtigkeit und Dimensionalität von Kindertagesbetreuung als einer zentralen strategischen Variable im Rahmen von individuellen, familiären und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Insofern gibt es auch viele Ansatzpunkte und Maßnahmen im weitesten Sinne, an denen angesetzt werden kann und die ihren Beitrag hierzu leisten könnten und müssten, worauf wir ebenfalls kurz eingegangen sind. Ihnen allen innewohnend müsste es sein, strukturelle Benachteiligungen von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern (unter drei Jahren) zu verbessern und diese ‚Rücksichtslosigkeiten‘ letztlich zu überwinden. Gefragt ist zukünftig hier mehr ‚strukturelle Aufmerksamkeit‘!

Literatur

- Allmendinger, Jutta (2008): Frauen auf dem Sprung. Die BRIGITTE-Studie 2008, Hamburg
- Allmendinger, Jutta (2009): Frauen auf dem Sprung. Die BRIGITTE-Studie 2009, Hamburg
- Bertelsmann-Stiftung (Hg.) (2009a): Null Bock auf Familie?, Gütersloh
- Bertelsmann-Stiftung (2009b): Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2009. <http://laendermonitor.de/#id=0>, letzter Zugriff am 24.11.2009
- Bien, Walter/Rauschenbach, Thomas/Riedel, Birgit (Hrsg.) (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie, Weinheim
- Deutscher Bundestag (2008): Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2007, BT-Drs. 16/9049
- Deutscher Bundestag (2009): Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2008, BT-Drs. 16/12268
- Deutsches Jugendinstitut, BMFSFJ (Hg.) (2008): Untersuchung zum Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung für Kinder im Alter von unter drei Jahren – 2008. Repräsentative Stichprobenerhebung bei 180 Jugendämtern, München, Berlin
- Dressel, Christian/Cornelißen, Waltraud/Wolf, Karin (2005): Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in: Cornelißen, Waltraud (Hg.): Gender-Datenreport, München, S. 294-341

- Dürr, Anke/Supp, Barbara/Voigt, Claudia: Der Familienkrach, in: Der Spiegel, Heft 9/ 2007, S. 52-72
- Landkreis Freising (Hg.) (2006): Jugendhilfeplanung im Landkreis Freising. Kindertagesbetreuung im Landkreis Freising (Teilplan Kindertagesbetreuung)
- Landkreis Kelheim (Hg.) (2008): Jugendhilfeplanung im Landkreis Kelheim. Kindertagesbetreuung im Landkreis Kelheim (Teilplan Kindertagesbetreuung)
- o.V. (2008): EU-Bericht deckt Versorgungslücken im Bereich der Kinderbetreuung auf, IP/08/1449, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1449&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>, Brüssel, letzter Zugriff am 24.11.2009
- Pany, Thomas (2009): Mama zuhause: „Leer laufende Erwachsenenenergie“, <http://www.heise.de/tp/blogs/6/146190>, letzter Zugriff am 24.11.2009
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.) (2009): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 3: Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern, Wiesbaden
- UNICEF (Hg.) (2008): The childcare transition. Innocente Report Card 8, Zürich. http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/Report_Card_08__Child_Care_Transition/rc8.pdf, letzter Zugriff am 24.11.2009
- Volz, Rainer/Zulehner, Paul M. (2009): Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland, Baden-Baden
- Vorwerk & Co. KG (Hg.) (2007): Vorwerk Familienstudie 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, Wuppertal
- Vorwerk & Co. KG (Hg.) (2008): Vorwerk Familienstudie 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, Wuppertal